
Christliche Demokratie in Tschechien

Petr Fiala

Im Folgenden sollen die Geschichte und Gegenwart der christlichen beziehungsweise christlich-demokratischen Politik und der christlichen politischen Parteien in den tschechischen Ländern vorgestellt werden. Zuvor ist daran zu erinnern, dass die Tschechische Republik zu den Ländern mit der niedrigsten Religiosität gehört, und dass nicht nur die Stufe der Säkularisierung der Gesellschaft, sondern auch das, was man als ihre Atheisierung bezeichnen kann, hier ein sehr hohes Ausmaß erreicht hat. Was die Stufe der Säkularisierung der tschechischen Gesellschaft betrifft, erreicht die Zahl der Menschen ohne Konfession 70 %, nach einigen Forschungen auch weit darüber hinaus.¹ Die niedrige Stufe der Religiosität und die verhältnismäßig hohe Stufe der Atheisierung haben einen direkten Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche Atmosphäre und auf die politische Kultur, was die relativ geringe Resonanz von christlichen politischen Parteien erklärt.²

Vor diesen politisch-kulturellen und Ideendeterminanten sollen vier Problembereiche angesprochen werden, wobei im Prinzip einer chronologische Linie gefolgt wird:

1. die Formierung und Konstituierung der christlichen bzw. – gemäß den tschechischen Bedingungen – katholischen politischen Parteien und Bewegungen seit den 1890er Jahren bis zum Jahre 1989;
2. die Gestaltung der tschechischen christlich-demokratischen Politik unter den Bedingungen einer demokratischen Gesellschaft;
3. die Entwicklung der für lange Zeit einzigen relevanten

tschechischen christlichen Partei und zugleich auch der einzigen christlich-demokratischen Bewegung in der tschechischen politischen Szene, die Christliche und Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei (KDU/ČSL);

4. die Beantwortung der Frage, welchen Typus christlich-demokratischer Partei die KDU/ČSL im europäischen Kontext darstellt und welches ihre Funktionen und Möglichkeiten im Rahmen des tschechischen politischen Systems sind.

Die Institutionalisierung der politischen und sozialen Dimension des Christentums

Die Religion, im Falle Böhmens und Mährens vorwiegend der Katholizismus, gehört ohne Zweifel zu den Schlüsselphänomenen, die eine konstitutive Bedeutung für die Bildung des modernen gesellschaftlich-politischen Klimas hatten, sei es in Österreich-Ungarn oder später in der Tschechoslowakischen Republik und anderen mitteleuropäischen Ländern. Für das Verständnis der politischen und sozialen Dimension der Religion und insbesondere der Entstehung und Entwicklung von christlichen gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien liefert vor allem die Theorie der „politisch-kulturellen Säulen“ wertvolle Anstöße.³

Die Theorie der Säulen tauchte zum ersten Mal in der niederländischen Soziologie auf, im Werk von J. P. Kruijt, der unter dem Begriff „Säule“ die gesellschaftlich-politischen „Lager der Katholiken, Calvinisten und Sozialisten“ verstand, die ihre Anhänger in einer politischen Partei, aber auch in verschiedensten Interessenorganisationen versammeln, diese durch die eigene Presse und die eigenen Massenmedien beeinflussen und sie auf diese Weise nicht

nur von anderen ‚Säulen‘, sondern auch von der bürgerlich-liberalen säkularisierten Kultur isolieren“.⁴ Diese „vertikale Integration“ kann man auch als einen „segmentierten Pluralismus“ bezeichnen, wie Lorwin ausführt,⁵ und es entspricht ihr auch die sogenannte Theorie „cleavages“, die in den Arbeiten von Stein Rokkan formuliert wurde⁶ oder die Konzeption der sozial moralischen Milieus von M. R. Lepsius.⁷

Um mit der „Säulenkonzeption“ für den Fall der böhmischen Länder und überhaupt des mitteleuropäischen Raumes methodologisch korrekt arbeiten zu können, müssen wir einen anderen, heute bereits ein wenig archaisch klingenden Begriff „Lager“ zur Hilfe nehmen. Der österreichische Historiker Hans Righart definiert zum Beispiel für Österreich – im Anschluss an Adam Wandruszka⁸ – drei relevante politische Lager, wobei neben dem *sozialistischen* und *nationalen* eine wichtige Stelle gerade dem *katholischen Lager* gehört. Die Theorie der „Lager“ wird eben durch die sogenannte „Säulen“-Auffassung ergänzt. Diese setzt die Existenz einiger mehr oder weniger abgetrennten weltanschaulich oder religiös definierten Komplexe von politischen und sozialen Organisationen im Rahmen eines politischen Systems voraus.⁹ Dabei ist der Terminus *Lager* nicht mit dem komplexeren Begriff der *Säule* identisch. So gab es z. B. nach Rudolf Steininger in Österreich drei Lager, aber nur zwei „Säulen“, *die katholische* und *die sozialistische*, weil der Nationalismus eine hohe Stufe von Integration vermissen ließ.¹⁰ Im Falle des Katholizismus und Sozialismus ist jedoch diese Säulendefinition mit Rücksicht auf ihre charakteristischen Züge gültig, wie z. B. eine starke innere Integration und die Bemühung, die gesamten gesellschaftlichen Aktivitäten mit dem Ziel der Beeinflussung aller Lebensbereiche zu organisieren. Righart verweist auf die Tatsache, dass es zwischen beiden „Säulen“ bestimmte Unterschiede gab. Zum bedeutendsten Unter-

schied wurde das Faktum, dass die katholische (christliche) Säule sich quer durch die soziale Struktur und die Klassenstruktur der Gesellschaft erstreckte und sozial gesehen eine sehr heterogene Zusammensetzung hatte, während die sozialistische, getreu ihrer Ideologie, mit einer Klasse verbunden und sozial homogen war.¹¹

Die Ursachen des Prozesses der „Versäulung“ im Rahmen des Katholizismus wird vor allem als defensive Reaktionen auf gewisse Aspekte des Modernisierungsprozesses betrachtet, der Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts verlief. Righart erwähnt in diesem Zusammenhang vor allem (a) die strukturelle Differenzierung, unter der man besonders die Herausbildung einer differenzierten Struktur von Berufen mit vielen Subkategorien verstehen soll, und (b) die soziokulturelle Desintegration, die durch die Migration und Übersiedlung von umfangreichen Bevölkerungsgruppen in die Städte hervorgerufen wurde, was Ursache für eine Abschwächung der sozialen Kontrolle von seiten der Kirche war und die Bedingungen für die Seelsorge geändert hatte. Die Lösung dieser Problematik war nach Righart gerade jene „Versäulung“, die im Prinzip mit Hilfe moderner Mittel verlief, wie beispielsweise die Herausbildung verschiedener Organisationen, Propaganda usw. waren. Im Falle der Formierung einer katholischen Säule wird oft auf ihren abwehrenden und reaktiven Charakter hingewiesen: Wenn ein konfessionsmäßig neutraler Arbeitgeberverband entstand, wurde ein konfessioneller Verband katholischer Arbeitgeber gegründet, als Reaktion auf die sozialistischen Gewerkschaften wurde die katholische Arbeiterbewegung gegründet usw.¹²

Es wäre jedoch falsch, die Herausbildung einer politischen Säulenkultur des Katholizismus nur als eine Art konservative Reaktion auf den Modernisierungsprozess zu interpretieren. Die „Versäulung“ diente zwar einem „traditionellen Ziel“, also der Erhaltung des Glaubens in einer sä-

kularisierten Gesellschaft, und sie war sicherlich eine Art Abwehr der fortschreitenden Säkularisierung; aber sie bediente sich zu diesem Zweck moderner Mittel. Man kann sie also als „*partielle Modernisierung*“¹³ oder als „*Instrumentalisierung des Modernen zu Gunsten der Tradition*“¹⁴ bezeichnen. Diese These bestätigen auch die Gegner dieses Prozesses, zu denen in Österreich-Ungarn anfangs vor allem die Bischöfe und die konservativen Politiker gehörten. Ihre Haltung beginnt sich erst nach der Veröffentlichung der Enzyklika *Rerum novarum* (1891) zu ändern.

Den Prozess der Herausbildung der katholischen politischen Säulenkultur kann man in sechs Punkten zusammenfassen:

1. Es existiert ein chronologischer Zusammenhang zwischen dem Prozess der strukturellen Differenzierung und der sozial kulturellen Desintegration einerseits und dem Prozess einer „Versäulung“ bei den Katholiken andererseits.
2. Dieser Prozess beginnt dort, wo die Modernisierungstendenzen am stärksten waren.
3. Die Herausbildung von christlich-sozialen Organisationen in den niederen Mittelschichten (unter den Arbeitern und Bauern) hatte einen reaktiven Charakter.¹⁵
4. In diesem Prozess hatte der niedere Klerus die zentrale Position inne, dessen Rolle sozial integrierend war und dessen Teilnahme vor allem mit der Notwendigkeit einer Seelsorge begründet und motiviert wurde.
5. Dieser gesamte Prozess gewann bald einen ausgeprägten politischen Charakter.
6. Der erwähnte Prozess hatte anfangs verschiedene Gegner in den Reihen des Episkopats und unter den katholischen konservativen Politikern.

Bereits Mitte der 1890er Jahre wird jedoch ihr Widerstand schwächer und der Streit wurde zu Gunsten der christlich-

sozialen Bewegung entschieden. Wichtige Faktoren dieses Sieges waren nicht nur die mit der Enzyklika *Rerum novarum* zusammenhängenden Impulse, sondern auch die starken politischen Machtpositionen, die die Christlich-Sozialen gewonnen haben und nicht zuletzt auch der Modernisierungsprozess selbst, der stufenweise auch die katholisch-konservativen Kreise erreicht hatte.¹⁶

Wenn wir die gesamtösterreichischen Tendenzen mit der konkreten Situation in Böhmen, Mähren und in der Slowakei vergleichen, stellen wir fest, dass man den Katholizismus auch hier als ein bedeutungsvolles gesellschaftlich-politisches Lager und eine ideologisch-soziale politische Subkultur interpretieren kann, gegebenenfalls als eine komplexe politische Säulenkultur im oben erwähnten Sinne.

Die Applikation der Hypothese über den Säulencharakter der politischen Kultur führte für die Situation in den tschechischen Ländern z. B. der Historiker Jiří Malíř bei seiner Auslegung der Entstehung und Entwicklung von Systemen der tschechischen und deutschen politischen Parteien in Mähren in der Zeit der habsburgischen Monarchie durch. (Mähren stellte damals eines der Länder Österreich-Ungarns, mit seinem eigenen funktionellen Landestag und mit autonomen parteilich-politischen Systemen.) Malíř weist darauf hin, dass man „für einen wesentlichen Charakterzug der politischen Parteilichkeit in der habsburgischen Monarchie in den neuesten Forschungen ein ungewöhnlich intensives Durchwachsen von politischen Parteien und ihren Organisationen mit den unpolitischen Sphären des öffentlichen und privaten Lebens hält“. ¹⁷ Dieser Versäulungsprozess erzeugte „relativ geschlossene soziale und kulturelle Milieus“ mit einer engen Bindung an ein bestimmtes politisches Lager und auch mit einem eigenen System von „unpolitischen gewerkschaftlichen, beruflichen, jugendlichen Organisationen, sowie Studenten-

Frauen- und Genossenschaftsorganisationen, die parallel, aber völlig unabhängig von ähnlichen Organisationen anderer politischer Lager waren“. Der starke Einfluss dieser Lager im mährischen Milieu, besonders des liberalen, katholischen und sozialdemokratischen Lagers, durchdrang das „tägliche Leben jedes Einzelnen“. ¹⁸ Malíř betont, dass dieser Prozess der gegenseitigen Durchdringung von einzelnen politischen Parteien und der Gesellschaft sowie die Herausbildung von politischen Lagern einen langfristigen Charakter hatte und sich regional nach den einzelnen Ländern der habsburgischen Monarchie differenzierte. Für den Fall der tschechischen Länder bedeutet dies selbstverständlich eine spezifische (wenn auch in mancher Hinsicht analoge) Entwicklung in Böhmen und Mähren.

Ein weiterer Punkt, der uns hier weiter beschäftigen wird, ist die Tatsache, dass die Identifizierung mit dem Katholizismus (oder auf der anderen Seite mit der sozialistischen Ideologie) *nicht dazu führte*, das nationale Prinzip zu überwinden. Wenn sich die tschechische und deutsche Gesellschaft innerhalb Böhmens und Mährens innerlich in zwei abgeschlossene soziale und politische Milieus teilen konnten, dann hat die Kraft der Ideen, die dieses *sozial-moralische Milieu* hervorgebracht haben, ¹⁹ nicht das nationale Problem überwinden können, und trotz weniger Annäherungen kam es z. B. in Böhmen und Mähren zu keiner Vereinigung tschechischer und deutscher Christen (oder Katholiken) in einer gemeinsamen politischen Partei oder zur Bildung gemeinsamer katholischer Vereine usw.

Der Formation des Katholizismus als einer „Säule“ mit der gesamten unentbehrlichen, komplexen politischen und sozialen Struktur entsprachen in den tschechischen Ländern analoge Tendenzen bei anderen Ideenströmen, wobei auch hier – ebenso wie bei deren Realisierung in Form einer politischen Partei – der *Versäulungsprozess* in Erscheinung trat. Es ist jedoch anzunehmen, dass man auf Grund

der bisher durchgeführten historischen Forschungen im Falle Böhmens und Mährens bloß von zwei Säulen, meistens drei politischen Säulensubkulturen sprechen kann, wobei die Frage bleibt, inwieweit man neben der *sozialistischen* und *katholischen* tatsächlich auch die national-liberale oder agrarische Bewegung für eine „Säule“ halten kann. Malíř arbeitet z. B. im Falle Mährens lieber mit fünf politischen Lagern, wenn er neben den ursprünglichen drei (dem national-liberalen, dem katholischen und sozial demokratischen) auch noch das agrarische und national soziale definiert.²⁰ Die Theorie der politischen Lager ist für die Beschreibung des politischen Katholizismus ebenfalls von Bedeutung. Sie zeigt nämlich, dass sich der politische und soziale Katholizismus nicht nur gegenüber einer ähnlichen sozialistischen Säulensubkultur abgegrenzte, sondern auch auf der politischen Ebene einigen anderen politischen Konzeptionen standhalten musste. Deren Ideen hatten zwar keine hohe Integrationsfähigkeit, wie etwa beim Katholizismus und Sozialismus, doch hatten sie es dennoch vermocht, mit dem Katholizismus politisch erfolgreich zu konkurrieren.

Die Entstehung der christlichen politischen Parteien

Die Entstehung christlicher politischer Parteien in Böhmen, Mähren und Schlesien gegen Ende des 19. Jahrhunderts (diese waren damals weitgehend autonome Länder mit selbständigen parteipolitischen Systemen) ist eng mit der Herausbildung von katholischen Vereinen und Interessenorganisationen infolge der Veröffentlichung der Enzyklika *Rerum novarum* verbunden.²¹ Die Aktivität dieser christlichen Interessenorganisationen politisierte sich stufenweise und führte zum Bedürfnis, ein eigenes politisches Subjekt zu bilden, das die katholischen Interessen auf par-

lamentarischer Ebene wirkungsvoll verteidigen könnte. Schon die Tatsache, dass sich die christlich-politischen Parteien in verschiedenen katholischen Vereinen formierten, die zudem meist noch standesmäßig orientiert waren (z. B. der Verein der Katholischen Tschechischen Bauern), deutet an, dass dieser Prozess keinesfalls einfach war, sondern vielmehr einen *pluralistischen Charakter* hatte. Dies ist ein wichtiger Punkt der Betrachtung. Oft geht man nämlich von der Überzeugung aus, dass der Katholizismus in den tschechischen Ländern auf dem politischen Gebiet eine einheitliche politische Kraft darstelle, die gegen die säkularisierten liberalen und sozialistischen Kräfte in der Gesellschaft gerichtet sei. Diese These ist allerdings im Licht der historischen Tatsachen nicht haltbar, was man bereits an der Art und Weise demonstrieren kann, wie sich in Böhmen und Mähren die politischen Parteien formiert haben.

In Böhmen wurde die erste christliche Partei schon im Jahre 1894 in Litomyšl unter dem Namen *Christlich-soziale Partei für Böhmen und Mähren* gegründet, aber ihre Wirkung in Mähren war minimal.²² Bereits fünf Jahre später spaltete sich diese Partei in die *Christlich-soziale Partei* und die *Christlich-soziale Volkspartei*, die sogenannten christlichen Demokraten. Beide Parteien konnten sich vor den Reichswahlen im Jahre 1906 noch zur *Partei des katholischen Volkes* zu vereinigen, teilten sich aber nach 1911 in drei eigenständige Organisationen.²³ Neben den christlich-sozialen Parteien existierte in Böhmen noch vor 1879 die *Nationale katholische Partei im Königreich Böhmen*. Infolge der inneren Uneinigkeiten gab es in Böhmen zeitweise drei bis vier tschechische katholische Parteien, zu denen selbstverständlich auch die deutsche *Christlich-soziale Partei* gerechnet werden muss,²⁴ die allerdings im Subsystem der deutschen Parteien in Böhmen sehr schwach war.²⁵

Die Situation in Mähren war einigermaßen übersichtlicher, auch wenn es hier mehrere katholische Parteien

gab. Im Rahmen der tschechischen Gesellschaft Mährens wurde im Jahre 1896 durch das Selbständigwerden und die Trennung des katholischen Stromes von der mährischen nationalen Partei die *Katholische nationale Partei in Mähren* gegründet, die schon bei der Landtagswahl 1896 ihre ersten Erfolge erzielen konnte.²⁶ Die Konzentration auf die konservativen Bauern und die Gewerbetreibenden in Stadt und Land in Mähren, die „in den katholischen politischen Vereinen erfasst wurden“, entsprach jedoch keineswegs dem Gesamtkatholizismus, zumal sich schon Katholiken zu Beginn der 1890er Jahre der sozialen Arbeit unter den Arbeitern und ärmeren Bauern gewidmet hatten. Aus dieser christlich-sozialen Bewegung formierte sich im Jahre 1899 die *Christlich-soziale Partei* mit Jan Šrámek an der Spitze.²⁷ Beide katholische Parteien blieben während der österreichisch-ungarischen Monarchie selbstständig, obwohl sie im Unterschied zu den christlichen Parteien Böhmens eng zusammenarbeiteten. Diese Zusammenarbeit – der mährische katholische Teil wird manchmal als *Doppelpartei* bezeichnet – führte zweifellos zu Erfolgen bei den Wahlen (bei den mährischen Landtagswahlen 1906 z. B. wurden die Katholiken stärkste Partei im Rahmen der tschechischen Vertretung im Landtag).²⁸ Auch die deutsche Bevölkerung Mährens hatte ihre christlich-soziale Partei, die *Christlichsoziale Partei Mährens*, die sich 1907 mit der *Katholischen Volkspartei* zusammenschloss; aber auch in Mähren konnte unter der deutschen Bevölkerung das katholische bzw. christlich-soziale Lager keine solche Stellung erreichen, wie sie die christlichen Parteien innerhalb der tschechischen Gesellschaft innehatten.²⁹

Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis ca. 1920 gab es also im böhmischen Katholizismus einige tschechische Parteien, die nicht unbedingt immer miteinander zusammenarbeiteten (besonders in Böhmen), und deutsche christliche Parteien, die auf demselben Gebiet tätig, jedoch von dem

tschechischen Gegenüber völlig getrennt waren.³⁰ Der politische Katholizismus erwies sich also in seinen Anfängen recht *heterogen*; er war in der Gründungsphase der Parteien und Verbände *pluralistisch*, die Tendenzen zur Vereinigung und Zusammenarbeit der christlichen Parteien waren sehr schwach und konnten die inneren Differenzen auf Dauer nicht überwinden. Man kann also sagen, dass sich in den tschechischen Ländern zwar eine deutliche katholische politisch-kulturelle Säule herausgebildet hatte (bzw. zwei, weil mit unterschiedlicher nationaler Ausprägung), die mehr oder weniger klar gegenüber anderen politischen Lagern bzw. Säulen abgegrenzt war, die jedoch innerlich uneinheitlich war. Diese Situation änderte sich erst in der neuen Tschechoslowakischen Republik nach 1918.

Der politische Katholizismus in der Tschechoslowakischen Republik

Die Katholiken, insbesondere in Tschechien, begannen in der neuen Republik in sehr ungünstiger Position. Sie wurden nicht als ein integrierter Bestandteil des neuen Staates und der tschechischen Gesellschaft angesehen, sondern sie wurden in mancher Hinsicht für ein fremdes Element gehalten. Auf die Gründe dafür kann hier nicht eingegangen werden; verwiesen sei lediglich auf die engen Kontakte der katholischen Kirche zum österreichischen Staat, der später von den liberalen und linksorientierten Kreisen zu einer großen Kampagne gegen die Katholiken missbraucht wurde.³¹

Im Januar 1919 wurde die *Tschechoslowakische Volkspartei* durch die Vereinigung von böhmischen katholischen Parteien mit den – seit September 1918 vereinigten – mährischen katholischen Parteien gegründet. Die Situation des politischen Katholizismus in der Zeit der ersten Tschechoslowakischen Republik wird bei uns in der Regel unter der

Perspektive der einheitlichen, tschechischen christlichen bzw. katholischen Plattform gesehen. Man darf jedoch nicht übersehen, dass sich die oben beschriebene Heterogenität des tschechischen katholischen Lagers auch in der neuen Volkspartei bemerkbar machen musste. Die Tatsache, dass die Volkspartei ungeachtet dieser heute kaum mehr bekannten inneren Spannungen im Prinzip eine einheitliche Partei blieb, muss man vor allem auf die antiklerikalen Stimmung der Tschechoslowakischen Republik in den 1920er Jahren sowie die Persönlichkeit des Parteivorsitzenden, Jan Šrámek, zurückführen. Šrámeks Fähigkeiten ist es zu verdanken, dass die Volkspartei bald eine bessere Stellung innerhalb der neuen tschechischen Machtelite zu erreichen vermochte. Die Geschichte der Volkspartei kann hier nicht eingehender behandelt werden. Es soll lediglich angemerkt werden, dass die Tschechoslowakische Volkspartei unter Šrámeks Führung schrittweise zu einer *staatstragenden* Partei wurde, die Ende der 1930er Jahre zu den Pfeilern der Ersten Republik gehörte. Wie öfters bemerkt wurde, war der Preis für diesen zweifellosen Erfolg nicht gering: „Der tschechische Katholizismus identifizierte sich auf diese Weise mit den tschechischen nationalen Zielen und verlor den Kontakt mit dem politischen slowakischen und deutschen Katholizismus.“³² In der Tat kam es zu keiner engeren Zusammenarbeit zwischen den tschechischen, slowakischen und deutschen Katholiken im politischen Bereich, und im katholischen Milieu war den gemeinsamen konfessionellen und moralischen Zielen die nationale Identifizierung übergeordnet.

Die Tschechoslowakische Volkspartei war in der Tat nie eine tschechoslowakische Partei, sondern lediglich die politische Repräsentantin der tschechischen Katholiken in den Gebieten Böhmens und Mährens.³³ Zu Beginn der Tschechoslowakischen Republik formierte sich in der Slowakei *Hlinkas Slowakische Volkspartei*³⁴ (HSL'S; diese

Partei war in Österreich-Ungarn nie ganz unabhängig von der Slowakischen Nationalen Partei), in der nationalistische und autonomistische Tendenzen überwogen, die ein viel stärkeres (trennendes) Motiv waren, als ihre katholische Orientierung, die an sich zu einer Zusammenarbeit mit der tschechischen Volkspartei hätte führen können. Die deutsche Bevölkerung hatte auch ihre *Deutsche Christlich-soziale Volkspartei*,³⁵ die zu den sogenannten aktivistischen Parteien gehörte und deren Repräsentant, Robert Meyr-Harting, in den 1920er Jahren mehreren tschechoslowakischen Regierungen angehörte.³⁶

Die Bewertung der christlichen Parteien innerhalb des politischen Systems Österreich-Ungarns und der Tschechoslowakischen Republik sowie der *Säulenstruktur* des politischen Katholizismus ist kompliziert und muss stets im Kontext der Zeit gesehen werden. Den allgemeinen Rahmen stellten die Emanzipierungsbemühungen der mittleren und später auch der niederen Schichten der Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts dar, die u. a. auch in einem gewaltigen Vereinsleben und im christlichen bzw. katholischen Parteienwesen offenbar wurden. Die Katholiken, die in vielerlei Hinsicht den Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung standhalten mussten, haben wohl im politischen und sozialen Katholizismus, also in der Bildung eigener Vereine, Interessenvereinigungen und später auch politischer Parteien eine wirkungsvolle Form von Selbstorganisation gefunden. Diese ermöglichte es ihnen, auch unter den neuen Bedingungen eine bedeutende politische Kraft zu bleiben. Andererseits respektierte der politische Katholizismus die nationale Teilung der Gesellschaft in die tschechische, deutsche, slowakische und ungarische Gesellschaft, und es gibt nur wenige Beispiele dafür, dass die christlichen Parteien ihrem christlich-universalistischen Glauben gemäß zu Bindegliedern geworden sind.

Die Tschechoslowakische Volkspartei in der Zeit der kommunistischen Diktatur

Das politische Geschick des Führungskreises der Tschechoslowakischen Volkspartei und ihre Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus brachten dem Vorsitzenden der Volkspartei, Jan Sramek, den Vorsitz in der Londoner Exilregierung während des Zweiten Weltkrieges ein; vor allem bedeuteten sie für die Volkspartei, dass sie auch in dem gewaltsam reduzierten parteipolitischen Spektrum der Tschechoslowakei nach 1945 erhalten blieb, als einzige nicht sozialistische Partei in den tschechischen Ländern. Sie hatte eine bedeutende Aufgabe in dem quasidemokratischen politischen System, das bis zum kommunistischen Umsturz im Februar 1948 bestand.³⁷ Bei den einzigen, teilweise freien Wahlen im Mai 1946 erreichte die Tschechoslowakische Volkspartei ihren größten Wahlerfolg, als sie 20 % der Wahlstimmen gewann (während der Zeit der Ersten Republik verlor die Volkspartei zwar langsam, aber kontinuierlich ihre Wählerbasis: 1920 erreichte sie 11,3 %, 1935 nur 7,5 %). Diesen Wahlerfolg kann man jedoch weder mit den Wahlergebnissen der freien Wahlen in der Zwischenkriegszeit noch mit jenen des Jahres 1989 vergleichen, weil 1945–1948 in den tschechischen Ländern nur noch vier Parteien existierten.³⁸

Die realistische Haltung und die taktischen Fähigkeiten der Tschechoslowakischen Volkspartei, die in einem eigenartigen Widerspruch zu ihrer programmatisch-prinzipienhaften Festigkeit stand, wie sie die christliche Programmatik auszeichnet, ermöglichten es dieser christlichen Partei auch, die Zeit der kommunistischen Diktatur 1948–1989 zu überleben, in der sie die in der Verfassung definierte, Gewalt erzwungene „führende Rolle“ der kommunistischen Partei akzeptieren musste.³⁹ Ihre Existenz war mehr oder weniger formell; man kann hier eigentlich nicht von einer

selbständigen politischen Partei sprechen, weil z. B. kein demokratischer Parteienwettbewerb zugelassen war, vielmehr die Organisation ihres innerparteilichen Lebens und ihre Personalpolitik ganz von den Entscheidungen der KPČ abhängig waren.

*Christlich-demokratischen Politik
nach dem November 1989*

Die problematische Vergangenheit der Volkspartei als „christlicher“ Trabant der KPČ, gilt als Hauptgrund dafür, dass das Subsystem christlicher politischer Parteien nach dem November 1989 nicht wieder aufgebaut wurde und dass es – unmittelbar nach dem Sturz des totalitären Regimes – zu einer erneuten Spaltung der „christlichen Politik“ gekommen war. Die ČSL bekam mit der *Christlich-Demokratischen Partei* (KDS) einen Konkurrenten; die Partei war – als Reaktion auf die Novemberereignisse – bereits am 3. Dezember 1989 gegründet worden.⁴⁰ Die KDS war vor allem ein Versuch katholischer Intellektueller aus dem Dissidentenmilieu, eine moderne christliche Partei zu gründen – ohne das bedrückende Erbe einer kommunistischen Vergangenheit, aber auch ohne die Residuen eines politischen Katholizismus der Vorkriegszeit.⁴¹ Die Tatsache, dass die Unterschiede zwischen den beiden christlichen Parteien größer waren als ihre gemeinsame Inspiration durch das Christentum, zeigte sich auch darin, dass sie – unter dem Namen *Christliche und Demokratische Union* (KDU) – bei den Parlamentswahlen 1990 gemeinsam kandidiert haben. Später hat die KDS ausschließlich mit der *Bürgerlichen Demokratischen Partei* (ODS) Koalitionen gebildet und im März 1992 ihrem Namen ČSL die ursprüngliche Bezeichnung der christlichen Koalition beigefügt, wodurch die komplizierte Bezeichnung KDU/ČSL

entstanden ist.⁴² Die Christlich-Demokratische Partei, die an der rechtsorientierten Regierung von Václav Klaus seit 1992 teilnahm, war nicht lange in der politischen Szene tätig. In Anbetracht der geringen Unterstützung von Seiten der Wähler vereinigte sie sich 1996 mit der konservativ-liberalen ODS.⁴³

Anfang der 1990er Jahre hat sich hier also wieder ein plurales Modell entwickelt, das Erinnerungen wachrief an die Zeit der *Versäulung* der christlichen Parteien um die Jahrhundertwende. Im Unterschied zu der damaligen Situation existierten nun aber die gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Bedingungen einer geschlossenen katholischen Subkultur nicht mehr; und auch das christlich-soziale und sozialetische Milieu war bedeutend vermindert oder existierte gar nicht mehr. Dies hatte für die christlichen Parteien, die sich von denen Ende der 1920er Jahre beträchtlich unterschieden, zwei Folgen: 1) Die Vereinheitlichung der christlichen Politik, die schließlich zu einer einzigen, explizit christlichen politischen Partei führte, erfolgte sehr rasch; 2) die christlichen Parteien bildeten keine Gesamtpartei. So kam es im Jahre 1996 zur Repräsentanz eines einzigen, christlich-demokratischen Blocks in der tschechischen Politik, zur KDU/ČSL.

Transformation der KDU/ČSL und ihrer Rolle im tschechischen politischen System

Ein Spezifikum der Volkspartei innerhalb des neuen parteipolitischen Systems ist die Tatsache, dass sie sich hinsichtlich ihrer Struktur, aber auch ihrer Organisation und ihrer Ideen über mehr als ein Jahrhundert lang mehr oder weniger kontinuierlich entwickelt hat.⁴⁴ Einige Konfliktlinien der Gegenwart zeigen Ähnlichkeiten mit denen der 1920er und 1930er Jahre. Hierzu gehören vor allem die Differenz

zwischen dem mährischen und dem tschechischen Teil der Volkspartei sowie der Streit zwischen den konservativeren christlich-demokratischen Orientierungen der Volkspartei und den Verfechtern der christlich-sozialen Ideen, ein Spannungselement, das bereits bei der Entstehung der ČSL im Jahre 1919 beobachtet werden konnte. Genauso kann man die Spannung zwischen den Anhängern einer geschlosseneren, deutlicher religiös definierten christlichen Partei mit traditionellerem Zuschnitt erkennen, und einem Teil der Partei, der es für nötig hält, sich programmatisch zu öffnen und den zeitlichen Veränderungen stärker anzupassen. Diese Konfliktlinien gewinnen selbstverständlich zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Formen, und ihre Akzentuierungen verschieben sich; aber latent sind diese Grundformen innerhalb der KDU/ČSL ständig präsent, und in Momenten der Unsicherheit gewinnen sie verstärkt an Bedeutung.

Diese Spannung innerhalb der Partei war in verborgener Form auch während der gesamten 1990er Jahre vorhanden, und neben einigen personellen Differenzen äußerte sie sich z. B. in der Frage, ob die Zusammenarbeit mit den konservativ-liberalen Parteien oder mit der Sozialdemokratie anzustreben sei. Selbst der Parteiname wurde zum Streitobjekt, da die einen mehr auf eine moderne europäische Christliche Demokratie abzielten, die anderen dagegen an einer festen Verbindung mit der eigenen, manchmal problematischen Vergangenheit festhielten, zu der auch das – von Anfang an unwahre – Adjektiv „tschechoslowakisch“ gehörte.

Noch Mitte der 1990er Jahre zeigten sich in der KDU/ČSL problematische, regressive Tendenzen, z. B. bei der sozialen Zusammensetzung der Wählerbasis; so gab es ein Übergewicht von Wählern mit vorwiegend niedrigerem Ausbildungsniveau, einem höheren Altersdurchschnitt, aus überwiegend ländlichen Gegenden mit hohem Anteil

von Landwirtschaft. Es bestand daher längerfristig die Gefahr, dass die Partei ihre Parlamentssitze verliert. Doch die Entwicklung der Mitglieder- und Wählerstruktur der KDU/ČSL hat sich seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gebessert. Der Volkspartei ist es gelungen, auch in den Städten festere Position zu gewinnen, außerdem hat sie auch höhere Anteile von Wählern der mittleren Generation gewonnen; zudem zeigt sich die Berufsstruktur der Wähler differenzierter. Zur Zeit scheint die Existenz der Partei im Parlament nicht bedroht zu sein. Die gezeigten Entwicklungen belegen vielmehr die Anpassungsfähigkeit der Partei an die sich verändernden sozialen Bedingungen.

Auf der anderen Seite hat die KDU/ČSL aber nie bedeutendere Erfolge bei entscheidenden Wahlen erzielen können. Es besteht kein Zweifel, dass die Partei in der Kommunal- und Regionalpolitik sehr stark ist (was die Unterschiede zwischen den Kommunalwahlen und den Wahlen zum nationalen Parlament zeigen, die maximal 10,6 % betragen) und dass sie beim Zwei-Runden-Wahlgang im Mehrheitswahlsystem mit ihren Kandidaten bei den Senatswahlen relativ erfolgreich ist. Wenn wir uns jedoch die Ergebnisse der wichtigsten Wahlen betrachten (die Parlamentswahlen für die Abgeordnetenversammlung), dann stellen wir fest, dass hier die Volkspartei nie mehr als 10 % gewonnen hat (1990: 8,4 %; 1992: 6,3 %; 1996: 8,1 %; 1998: 9,0 %; 2002: 14,27 % für die Koalition mit der US/DEU, ein selbstständiger Wahlstimmengewinn wäre vermutlich auch diesmal nicht höher als 9–10 %) – entgegen den optimistischeren Prognosen von Meinungsforschungsinstituten. So zeigt die Volkspartei wiederholt eine gewisse Disproportion zwischen ihrer beabsichtigten Rolle innerhalb der tschechischen politischen Szene und der realen Unterstützung, die sie von ihren Wählern bekommt.

Der Transformationsprozess der Partei von einer geschlossenen konfessionellen Gruppierung zu einer moder-

neren christlich-demokratischen Volkspartei und die Suche nach ihrer Rolle im tschechischen parteipolitischen Spektrum sind eng mit der Person des bedeutendsten Politikers der KDU/ČSL nach November 1989 verbunden, Josef Lux, der als ein weitgehend unbekannter Politiker im September 1990 Vorsitzender der Partei geworden ist. Lux ist es nach seiner überraschenden Wahl in die Spitze der Partei gelungen, verschiedene Strömungen innerhalb der Volkspartei zusammenzuführen und die Partei aus der drohenden Isolierung herauszuführen, nachdem sie sich – nach den Novemberereignissen 1989 mit dem kompromittierten Josef Bartončík an der Spitze – nur zögerlich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzte. Dank der Politik ihres Vorsitzenden Josef Lux ist es der ČSL – vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – stufenweise gelungen, sich als eine christliche Partei im rechten Teil des parteipolitischen Spektrums zu profilieren. Die KDU/ČSL war so bis zum Jahre 1997 in rechtsorientierten Regierungen vertreten und versuchte allmählich, sich statt der konfessionellen Prägung zu einer moderneren, christlich-demokratischen Partei zu entwickeln.

Bei dieser Entwicklung spielte Josef Lux mit seinen wichtigen Initiativen und seiner Integrationsfähigkeit eine wichtige Rolle wobei er wesentlich die inneren Verhältnisse in der KDU/ČSL bestimmt hat. Spätestens seit der zweiten Hälfte des Jahres 1996 hat Lux jedoch begonnen, das politische Profil der Partei mehr in die Mitte zu verschieben, höchstwahrscheinlich mit dem Ziel, ihr Koalitionspotential gegenüber den Sozialdemokraten zu vergrößern und die Partei zu einem entscheidenden politischen Faktor zu machen. Die Partei sollte dabei so stark sein, dass man ohne sie weder eine Rechts-Mitte-Regierung noch eine Links-Mitte-Regierung bilden konnte, was die politische Bedeutung der Volkspartei innerhalb jeder potentiellen Koalition stärken könnte. Diese Verschiebung,

die in der politischen Rhetorik der Partei ihren Ausdruck fand, beeinflusste auch das innerparteiliche Leben der KDU/ČSL, denn sie ermöglichte eine deutlichere Profilierung des Flügels, der in jenen Parteien einen natürlicheren Verbündeten sah, die einen stärkeren Akzent auf die soziale Fragen legten, als es z. B. bei den konservativ-liberalen Parteien des Typus ODS der Fall war. Zugleich öffnete sich die Partei auch Politikern, die einer traditionellen Vorstellung der Volkspartei widersprachen. Dies gilt z. B. für Persönlichkeiten mit sozial-liberaler oder sozial-ökologischer Einstellung, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in der KDU/ČSL nicht denkbar waren. Diese Tendenzen wurden durch die immer bedeutendere politische Rolle verstärkt, die Josef Lux und schließlich auch die ganze Volkspartei in der Zeit der Regierungskrise 1997 und 1998 spielten. Die KDU/ČSL hat 1997 entscheidend zum Fall der zweiten Rechts-Regierung von Václav Klaus und zur Bildung der Regierung von Josef Tošovský beigetragen, die zur Hälfte eine Beamtenregierung war und zum Katalysator der Entstehung des Oppositionsvertrags zwischen der ČSSD und ODS nach den Wahlen 1998 geworden war. Josef Lux spielte ein sehr riskantes politisches Spiel, das der realen politischen Kraft der KDU/ČSL nicht entsprach; die negativen Konsequenzen dieser Politik zeigten sich bei den Wahlen 1998 und der anschließenden Regierungsbildung. Das vorzeitige Ausscheiden von Lux aus der Politik infolge einer schweren Erkrankung und sein früher Tod 1999 haben es verhindert, dass die KDU/ČSL aus dieser Situation hinausfinden konnte.⁴⁵

Die Volkspartei fehlten während dieser komplizierten Phase, in der sie viele Veränderungen durchgemacht hat und ihre Position im Rahmen des parteipolitischen Spektrums verschob und schließlich erstmals in die Opposition geriet, eine starke Führungspersönlichkeit. Nach einigen inneren Streitigkeiten und einem Experiment mit der Bil-

derung einer breiteren politischen Gruppierung von kleineren Parteien, der sogenannten Viererkoalition zwischen 1998–2002, die jedoch 2001–2002 von der KDU/ČSL stufenweise wieder zerschlagen wurde, setzte sich unter dem Vorsitzenden Cyril Svoboda eine Parteiströmung durch, die die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten befürwortete; die KDU/ČSL trat nach den Wahlen 2002 in die Links-Regierung von Regierungschef Vladimír Špidla ein. Angesichts der Verteilung der politischen Kräfte (die Christlichen Demokraten stellen in dieser Regierung bloß drei von insgesamt siebzehn Ministern, von denen elf Sozialdemokraten sind), ist allerdings die Möglichkeit der KDU/ČSL, eine christlich-demokratische Politik durchzusetzen, gering.

Christliche Demokratie. Aber welche?

Diese Entwicklung der Politik von KDU/ČSL ruft Fragen zu den weiteren Zielen dieser Partei und ihrer politischen Profilierung hervor. Die von den führenden Vertretern dieser Partei aufgestellte Behauptung, dass die KDU/ČSL auf dem Weg zu einer modernen europäischen christlichen Partei sei, ist zweifelhaft. Die Frage ist nämlich längst nicht mehr, ob die KDU/ČSL eine christlich-demokratische Partei werden soll (dieses Problem wurde Mitte der 1990er Jahre gelöst), sondern welchen Typus christlich-demokratischer Partei sie darstellt oder werden will.⁴⁶ Die Bemühung um Eingliederung in die europäische christliche Demokratie ist bei der KDU/ČSL praktisch in allen Programmdokumenten erkennbar, die die Partei seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre veröffentlicht hat. Diese Dokumente spiegeln die Anstrengungen wider, den Charakter einer traditionalistischen konfessionellen Partei zu überwinden und sich zur modernen christlichen Demokratie hinzubewegen. Dies äußert

sich u. a. darin, dass andere westeuropäische christlich-demokratische Parteien bedeutende Impulsgeber für die Parteiprogrammatik sind, vor allem die CDU Deutschlands. Die KDU/ČSL hat weitgehend die Programmatik der deutschen Christlichen Demokraten übernommen und war bemüht, aufgrund dieser Inspiration ihre Parteipolitik bzw. ihre politische Rhetorik zu gestalten. Dieser Prozess ist jedoch keineswegs einfach, und der Weg von der Aufnahme dieser Dokumente bis zur wirklichen Akzeptanz durch die Mitgliederbasis wird noch lang dauern. Als gutes Beispiel für die Spannung zwischen den Programmaussagen der Partei und der Haltung der Mitgliederbasis kann die Ansicht der Parteimitglieder zur europäischen Integration sein. Ihrer Programmatik gemäß ist die KDU/ČSL die Partei mit der stärksten proeuropäischen Ausrichtung in Tschechien (bereits seit 1997 bekennt sie sich zur Idee einer europäischen Verfassung etc.), was man eben mit der Inspiration ihrer Programmdokumente durch die deutschen Christlichen Demokraten erklären kann. Nach mehreren Umfrageergebnissen ist allerdings unter den Anhängern der KDU/ČSL die proeuropäische Orientierung (gemessen z. B. an der Abstimmung über ein hypothetisches Referendum über den Beitritt der ČR zur EU) viel geringer als etwa bei den Anhängern der ODS (im Jahre 2000 waren nach Ergebnissen von Sofres Factum 88 % der ODS-Anhänger für den Beitritt der EU, von den Anhängern der Union der Freiheit waren es 86 %, bei der ČSSD 66 %, bei der KDU/ČSL lediglich 62 %). Man könnte noch mehrere Beispiele ähnlicher Differenzen zwischen der Programmatik und den realen politischen Einstellung der Mitgliederbasis nennen.⁴⁷

Mitte der 1990er Jahre schien die KDU/ČSL auf Positionen von christlich-demokratischer Politik zuzusteuern, wie sie bei den deutschen und österreichischen christlichen Parteien zu finden sind, die man gegenwärtig für bedeutende konservativ-liberale politische Kräfte im rechten

mittleren Spektrum halten kann. Die tschechische Volkspartei war allerdings von Anfang an in einer anderen Lage, weil sie hinsichtlich der historischen, sozialen und politisch-kulturellen Faktoren nie eine dominierende Rolle im rechten Teil des politischen Spektrums spielen konnte, so wie es seit langem ihren Schwesterparteien in den deutschsprachigen Ländern gelingt. Nachdem die KDU zu bestehen aufgehört hat, sprach manches dafür, dass sich die KDU/ČSL auf die Rolle einer Repräsentantin des christlich-demokratischen Stromes im Rahmen der tschechischen Rechten beschränken könnte. Diese Position – falls sie je wirklich zutraf – begann die Volkspartei um die Jahreswende 1996/97 aufzugeben. Die Tendenz, innerhalb eines imaginären politischen Spektrums eine näher der Mitte gelegene Position einzunehmen, zu einer Privatpartei zu werden und so über die Möglichkeit zu verfügen, sowohl ein natürlicher Teil einer Rechts-Mitte-Regierungskoalition, als auch – vielleicht noch eher – einer Links-Mitte-Regierungskoalition zu sein, bringt jedoch die Volkspartei weiter vom deutschen Modell der christlichen Demokratie weg und rückt sie näher zu einem anderen Typ von christlich-demokratischer Partei, wie wir ihn z. B. in Belgien oder den Niederlanden kennen. Ein Annäherung an die Mitte zeigen auch Umfragen zur politischen Orientierung der KDU/ČSL-Anhänger. So werden z. B. nach Umfrageergebnissen, die die Rechts- bis Linksorientierung der Bürger auf einer Sieben-Punkte-Skala festzustellen versuchen, wobei Punkt vier die politische Mitte bedeutet, bei den KDU/ČSL-Wählern langfristig Indexwerte von ungefähr 4,5 festgestellt (zum Vergleich ODS: 5,5; US: 5,1; ČSSD: 3,5; KSČM: 2,3; Quelle: Sofres-Factum). Daraus ergibt sich, dass sich die Anhänger der KDU/ČSL mit einer sehr schwachen rechten Mitte identifizieren, aber der gedachten Mitte des politischen Spektrums von allen anderen rechtsorientierten Parteien am nächsten ste-

hen. (Wenn wir dabei in Betracht ziehen, dass generell eher eine Rechtsorientierung überwiegt und dass der Gesamtindex langfristig höher als vier ist, dann sind die Anhänger der KDU/ČSL von allen tschechischen Parlamentsparteien der faktischen Mitte-Orientierung am nächsten.) Zudem ist es offensichtlich, dass sie in diesem Schema einen Platz genau in der Mitte zwischen dem von den Anhängern der Parteien ODS und ČSSD ausgewiesenen Index einnehmen, also jener Parteien, die die Hauptpole des tschechischen parteipolitischen Systems darstellen. Auch das bekräftigt indirekt die Tatsache, dass die Position in der Mitte des politischen Spektrums heutzutage keine taktische Angelegenheit der Führung der Volkspartei mehr ist, sondern dass sie anscheinend den Vorstellungen ihrer Wähler- und Mitgliederbasis entspricht.

Angesichts dieser Tatsachen muss man zugeben, dass die KDU/ČSL nicht mehr als ein natürlicher, obwohl ab und zu unzuverlässiger Teil der tschechischen Rechten zu verstehen ist, wie manche Betrachter noch nach den Wahlen von 1998 dachten. Die KDU/ČSL hat sich aus verschiedenen Gründen verändert oder sie hat eher ihre Position im Rahmen des tschechischen parteipolitischen Spektrums modifiziert und stellt heute dessen Mitte dar. Gleichzeitig hat sich im Verlauf der 1990er Jahre bestätigt, dass die obere Grenze von Wahlgewinnen, die eine christliche Partei im tschechischen Milieu erwerben kann, unterhalb der Grenze von 10 % liegt. Diese Faktoren bestimmen und limitieren die reale wie auch die potentielle Bedeutung der christlich-demokratischen Politik in der Tschechischen Republik. Nur bei deren Berücksichtigung ist es möglich, die politischen Schritte der Volkspartei und ihre innere Entwicklung richtig zu interpretieren und ihren weiteren politischen Weg genauer vorherzusagen.

Anmerkungen

¹ J. SPOUSTA, Česká církev očima sociologických výzkumů, in: J. Hanuš (Hg.), Náboženství v době společenských změn, Brunn 1999, S. 77; M. TOMKA/P. M. ZULEHNER (Hg.), Religion in den Reformländern Ost(Mittel)Europas, Ostfildern 1999.

² Vgl. P. FIALA, Die katholische Kirche und die tschechische Gesellschaft im postkommunistischen Transformationsprozess, in: K. Kowalczyk/K. Kubaj/R. Wróblewski (Hg.), Miedzy komunizmem a integracja. Spoleczenstwa i Kościoły Europy Środkowej, Tuchow 2001, S. 119–132; DERS., Die katholische Kirche im postkommunistischen Transformationsprozess der Tschechischen Republik, in: Ost-Dokumentation. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik in Mittel- und Osteuropa 13 (1999), S. 9–20; DERS./J. HANUŠ, A special case of secularisation, in: The Month: A Review of Christian Thought and World Affairs, 34 (2001), S. 95–102.

³ P. FIALA, Katolicismus a politika, Brunn 1995, S. 171–185.

⁴ J. P. KRUIJT, Verzuiling, Zaandijk 1959.

⁵ G. LEMBRUCH, Konkordanzdemokratie. in: D. Nohlen (Hg.), Pipers Wörterbuch zur Politik. Bd. 2: Westliche Industriegesellschaften, hg. von M.G. Schmidt, München 1983, S. 200ff.

⁶ Vgl. S. M. LIPSET/S. ROKKAN (Hg.), Party Systems and Voter Alignments, New York 1967.

⁷ M. R. LEPSIUS, 1966, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: W. Abel (Hg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1966, S. 371–393.

⁸ Vgl. A. WANDRUZSKA, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. in: H. Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1954, S. 285–295.

⁹ Vgl. H. RIGHART, Das Entstehen der katholischen Versäulung in Österreich 1887–1907, in: Zeitgeschichte 11 (1983/84), S. 69–82.

¹⁰ Vgl. R. STEININGER, Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung der Gesellschaft in den Niederlanden und in Österreich, Meisenheim 1975.

¹¹ Vgl. H. RIGHART (wie Anm. 9), S. 69.

¹² Vgl. EBD., S. 71.

¹³ Vgl. EBD., S. 72.

¹⁴ Vgl. H.-U. WEHLER, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975.

¹⁵ E. HANISCH, *Ambivalenzen der Modernisierung. Die Formierung der politischen Lager in den „Alpenländern“*, in: H. Rumpler (Hg.), *Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1876/71–1914*, Wien 1991, S. 177f.

¹⁶ Vgl. H. RIGHART (wie Anm. 9), S. 84.

¹⁷ J. MALÍŘ, *Politické strany na Moravě v období habsburské monarchie (Pokus o srovnání systému českých a německých stran na Moravě)*, in: *Politické strany a spolky na jižní Moravě*, XXII. Mikulovské sympozium 1992, Brunn 1993, S. 11–34.

¹⁸ EBD., S. 11f.

¹⁹ Vgl. K. ROHE, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt am Main 1992, S. 19.

²⁰ J. MALÍŘ (wie Anm. 17), S. 13.

²¹ Vgl. K. A. HUBER, *Die Enzyklika „Rerum novarum“ und die Genesis der christlichsozialen Volkspartei in der Tschechoslowakei*, in: K. Bosl (Hg.), *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat*, München 1979, S. 241–257.

²² Vgl. O. URBAN, *Česká společnost 1848–1918*, Prag 1982.

²³ Von diesen war die Tschechische Christlich-Soziale Partei die stärkste, ihr folgten an Einfluss die bald aufgelöste Konservative Volkspartei und die katholische nationale Partei, deren Überreste bis zum Jahre 1918 Bestand hatten.

²⁴ Das einzige Mandat im Reichsrat gewann sie 1911.

²⁵ J. PECHÁČEK, *Die Rolle des politischen Katholizismus in der ČSR*, in: K. Bosl (wie Anm. 21), S. 261.

²⁶ Vgl. P. FIALA, *Zastoupení českých politických stran na moravském zemském sněmu na konci 19. Století*, in: *Časopis Matice moravské* 107 (1988), S. 61–83.

²⁷ F. KRAVÁČEK, *Ke vzniku křesťanskosociální strany na Moravě*. in: *Příspěvky k dějinám dělnického hnutí na Moravě*, Prag 1960, S. 7–27, hier S. 7.

²⁸ Vgl. P. FIALA, *Sociální skladba české politické reprezentace na Moravě na počátku 20. Století*, in: *Časopis Matice moravské* 106 (1987), S. 52–72.

²⁹ J. MALÍŘ, *Od spolku^o k moderním politickým stranám*, Brunn 1996, S. 276.

³⁰ H. SCHÜTZ, Die Deutsche christlichsoziale Volkspartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: K. Bosl (wie Anm. 21), S. 271–290.

³¹ Formal haben sich zwar mehr als 80 % der Bevölkerung zum Katholizismus gemeldet, aber die Massenausstritte aus der katholischen Kirche, die Gründung der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche im Januar 1920 und vor allem die gesamte Stimmung, die zutreffend mit der Losung „weg von Rom“ ausgedrückt wurde, schufen kein günstiges Milieu für die Katholiken. Auch die Beziehung der Kirche zum Staat hat sich nicht gut entwickelt; nach der Abschaffung einiger kirchlicher Feiertage und nach den offiziellen staatlichen Gedenkfeiern aus Anlass des Todestages von Johannes Hus wurde 1925 der päpstliche Nuntius aus Prag abberufen und erst 1927–1928 die diplomatischen Beziehungen zum Päpstlichen Stuhl wieder geordnet. Der Modus vivendi aus dem Jahre 1928 regelte dann die Bedingungen der Ernennung von Bischöfen und der Bestimmung von Diözesangrenzen, die den neuen politischen Verhältnissen entsprachen. Eine wirkliche Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche zeigte sich erst bei den Feierlichkeiten aus Anlass des Millenniums des Heiligen Wenzeslaus 1929 und bei der gesamtstaatlichen Tagung der Katholiken 1935. Ein Ausdruck der Beziehung der Katholiken zum tschechoslowakischen Staat war dann die Unterstützung der katholischen Parteien bei der Wahl von Edvard Beneš zum Präsidenten der Tschechoslowakei im Dezember 1935 (vgl. J. KADLEC, *Přehled českých církevních dějin*, Teil 2, Prag 1991).

³² F. G. CAMPHELL, Die Tschechische Volkspartei und die deutschen Christlichsozialen, in: K. Bosl (wie Anm. 21), S. 303.

³³ Die bis heute übliche Bezeichnung „tschechoslowakisch“ signalisiert nicht nur die keineswegs selbstverständliche Identifizierung der Katholiken mit der Tschechoslowakischen Republik, sondern sie läßt auch die Interpretation zu, dass hier auch die Idee des Tschechoslowakismus akzeptiert wird.

³⁴ Vgl. den Beitrag von Imrich SKLENKA in diesem Band.

³⁵ M. TRAPL, Politické strany v Československu v letech 1918–1938, in: *Politické strany a spolky na jižní Moravě. XXII. Mikulovské sympozium 1992*, Brunn 1993, S. 35–56, hier S. 47.

³⁶ A. KLIMEK, *Boj o Hrad*, Bd. 2: Kdo po Masarykovi? Prag 1998, S. 526. Die Aufzählung endet jedoch bei weitem nicht mit den selb-

ständigen tschechischen, slowakischen und deutschen christlichen Parteien, die zwar manchmal zusammengearbeitet hatten, oft aber den anders orientierten Parteien mit ihrer nationalen Gemeinschaftsidee näher standen. Weiter gab es hier die Ungarisch-deutsche christlich-soziale Partei, die später als Ungarische christlich-soziale Partei tätig war. Auf dem Gebiet der Tschechoslowakei wirkten auch eine christliche Partei der polnischen Minderheit, die *Verband der schlesischen Katholiken* hieß, und die agrarisch orientierte griechisch-katholische Partei der Karpatenukrainer (ihre Zeitschrift hieß *Chliborob*, Der Landwirt); es würden sich sicher noch weitere kleinere christliche Parteiformationen finden lassen.

³⁷ Dies war eine völlig neue Situation, weil es zur Vertreibung der deutschen und teilweise auch ungarischen Bevölkerung kam, und die Zahl der Parteien mit Gewalt reduziert wurde.

³⁸ Neben der Tschechoslowakischen Volkspartei waren dies die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die Tschechoslowakische soziale Demokratie und die Tschechoslowakische national-sozialistische Partei. Die Agrarier, die bedeutendste Partei der Rechten (die stärkste Partei in der Ersten Republik), wurde aufgelöst. In der Slowakei wurden neben der Kommunistischen Partei nur noch die Demokratische Partei (die später liquidiert wurde) und zwei kleinere Parteien zugelassen (die Partei der Freiheit, *Strana slobody*, und die Partei der Arbeit, *Strana práce*). In dieser Situation stellte die Tschechoslowakische Volkspartei nicht nur die einzige christliche Partei, sondern auch die einzige Variante der sozialistischen und kommunistischen Parteien dar; allerdings war sie in dieser Situation nicht die entscheidende oppositionelle Kraft gegen die Expansion der Kommunisten: diese Rolle überließ sie der Tschechoslowakischen national-sozialistischen Partei.

³⁹ Vgl. Christiane BRENNER, Der verpasste Weg in die Opposition? Die Tschechoslowakische Volkspartei nach 1945, in: M. Gehler/W. Kaiser/H. Wohnout, Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien 2001, S. 509–536.

⁴⁰ Vgl. P. FIALA/M. MAREŠ/P. PŠEJA, Formation of the System of Political Parties in the Czech Republic 1989–1992, Warschau 2001, S. 145–162.

⁴¹ P. FIALA, Christian Politics in the Czech Lands: The Past, the Present, and the Parties (Politologické studie, SPFFBU T 1, 1997),

Brünn 1997, S. 7–28, hier S. 20ff.; DERS., *Katolicismus a politika*, Brünn 1995, S. 236.

⁴² Der Differenzierungsprozess der christlichen Kräfte in der tschechischen Politik setzte sich dann mit der Abspaltung der Gruppe um den ehemaligen Vorsitzenden der ČSL, Josef Bartončík, fort, die Mitte 1992 ihre eigene Partei unter dem Namen Křesťansko-sociální unie (KSU) gebildet hatte. Diese hat jedoch nicht einmal regionalen Einfluss gewinnen können und war völlig bedeutungslos; Ende 1995 schloss sie sich der Tschechisch-Mährischen Union der Mitte (ČMUS) an.

⁴³ Vgl. P. FIALA/M. MAREŠ/P. PŠEJA (wie Anm. 40). Die christlichen Demokraten hatten zwar hinsichtlich der Bedeutung der Partei, der taktischen Fähigkeiten von Václav Benda und der Wahlkoalition mit der ODS eine bedeutende Vertretung in der Regierung und im Parlament inne, aber ihre Wählerunterstützung betrug nur 0,5–1 %. Im Dezember 1993 wurde V. Benda, der es nicht vermochte, die Partei ausreichend in den Massenmedien zu präsentieren und ihr dadurch die Wählergunst zu sichern, durch Ivan Pilip als Parteivorsitzender der KDS abgelöst, der damals Stellvertreter des Ministers für Unterricht und Bildung war. Doch auch er konnte die Zahl der Parteimitglieder und -anhänger nicht vermehren und die Chancen der KDS bei den folgenden Parlamentswahlen verbessern. Diese Tatsache führte stufenweise zu Erwägungen, dass die selbständige Existenz der KDS rechtzeitig zu beenden und in einer ausreichenden Zeitvoreilung noch vor den Wahlen eine andere Lösung zu finden ist. Im Laufe des Jahres 1995 hat Ivan Pilip mit Václav Klaus einen Integrationsvertrag unterschrieben, der nach dramatischen Verhandlungen auch vom Kongress der KDS am 18.11.1995 bestätigt wurde. In diesem Vertrag wurde unter anderem auch vereinbart, dass schon der Wahlkampf für die Parlamentswahlen 1996 gemeinsam unter dem Namen ODS geführt werden soll; zugleich wurden auch die Bedingungen für die Vertretung der KDS-Mitglieder auf den Kandidatenlisten festgelegt. Die Tätigkeit der KDS wurde am 31.3.1996 bei der Wahlkonferenz der ODS eingestellt. Ein vom Vizevorsitzenden des Abgeordnetenhauses PČR, Pavel Tollner, geführter Teil der Partei, der mit der Integration in die ODS nicht einverstanden war, wechselte zur KDU/ČSL über, nachdem sich zuvor schon der Abgeordnetenklub der KDS abgespalten hatte.

⁴⁴ Vgl. P. FIALA, *Politické strany a stranicko-politické systémy v Československu. K otázce kontinuity a diskontinuity v kon-*

textu „tranzitologického“ výzkumu, in: *Politologický časopis* 1 (2001), S. 30–39.

⁴⁵ Vgl. P. FIALA, KDU/ČSL: hledání v období změn, in: *Proglas* 5–6 (2001), S. 10–14.

⁴⁶ Vgl. P. FIALA/M. STRMISKA, Spřízněny volbou? Křesťansko-demokratické a křesťansko-nacionální strany v postkomunistických pluralismech, in: *Politologický časopis* 3 (2001), S. 279–286.

⁴⁷ Vgl. P. FIALA (wie Anm. 45). – Weitere Literatur zum Thema: P. FIALA/J. HANUŠ, The Czech Catholic Church in a democratic society (1989–1999), in: *The Month: A Review of Christian Thought and World Affairs*, 31 (1999), S. 282–288; P. FIALA /M. MAREŠ/P. PŠEJA, Development of Political Parties and the Party System, in: J. Večerník/P. Matějů (Hg.), *Ten Years of Rebuilding Capitalism: Czech Society after 1989*, Prag 1999, S. 273–294; F. J. HAJEK, Catholics and Politics in Czechoslovakia, 1918–1929: Jan Šrámek and the Peoples Party, Ann Arbor (Michigan) 1975; M. TRAPL, *Politika českého katolicismu na Moravě 1918–38*, Prag 1968; DERS., *Politický katolicismus a Čs. strana lidová*, Prag 1990.